Nr. 345 1. Ausgabe

Sonntag, 22. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Villen- oder Kunstsatz 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach beigelegten Sätzen. Vierteljährlich 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.56, „ „ 4.65
In Österreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monat. Kr. 1.32, vierteljährl. Kr. 3.96
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzbd. wöchentl. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Wilson für Deutschlands Lebensmittelversorgung

Beratungen in London

Die Verhandlungen zwischen den Alliierten, die zuerst in Paris abgehalten werden sollten, haben durch die Reise Wilsons nach London eine Aenderung dahin erfahren, daß die Verhandlungen nun zunächst in London stattfinden. Der König von England hat den üblichen Weihnachtsbesuch in Sandringham aufgegeben und bleibt in London, um Wilson willkommen zu heißen. Wie Reuter erfährt, werden Präsident Wilson und Frau Wilson am 26. Dezember in London eintreffen und Gäste des Königs im Buckingham-Palast sein. Ueber die Dauer des Aufenthalts ist noch nichts bekannt. Der „Manchester Guardian" schreibt zu dem „verfrühten" Besuch Wilsons in London: „Der Präsident will handelnd auftreten. Die Umstände erlauben kein Hinausschieben. Die Nachrichten aus Deutschland zeigen, daß es absolut notwendig ist, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen und die Industrie wieder in Betrieb zu bringen, wenn die Ordnung gewahrt werden soll. Wilson kam mit bestimmten politischen Grundsätzen nach Europa und ist fest entschlossen, sie durchzuführen. Die Alliierten halten diese Grundsätze formell angenommen und die Ueberzeugung Deutschlands fand unter diesen Bedingungen statt. Wilson hat aber sicher in Paris einige Widersprüche zwischen allgemeinen und andern Forderungen entdeckt, die in den verschiedenen Ländern, England nicht ausgenommen, aufgestellt wurden. Lloyd George hat sich bei der Wahlkampagne an verschiedene Klauseln und Erklärungen gebunden, die mit der einzig zulässigen Auffassung vom Völkerbund und mit der sichtlichen Grundlage internationaler Freundschaft nicht leicht zu vereinbaren sind. Es ist Aufklärung und eine deutliche endgültige Abmachung nötig." „Daily Chronicle" bemerkt, die Aenderung in den Plänen des Präsidenten sei nicht durch eine plötzliche Notwendigkeit verursacht worden, die seine Gegenwart in London früher als beabsichtigt erforderte. Dieser Versuch des „Daily Chronicle", des Sprachrohres Lloyd Georges, den Gegensatz zwischen den imperialistischen Plänen der Westmächte und der Politik Wilsons zu verschleiern, ist vergeblich, der „Manchester Guardian" deutet die Unstimmigkeiten offen genug an. Auch die Frage der

Lebensmittelversorgung

wird bei den Beratungen eine Rolle spielen. Uns wird hierzu berichtet:

n. Basel, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Chronicle" meldet aus Paris: Die Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands wird zur Zeit in Paris beraten. Wilsons Stellungnahme geht dahin, daß die Lebensmittelaktion umgehend eingeleitet werde, um die Ordnung in Deutschland zu stützen.

g. Genf, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der „Herald" meldet aus New-York: Das Friedensprogramm der Vereinigten Staaten ist am Dienstag den Mitgliedern des Senatsausschusses im Staatsdepartement bekanntgegeben worden. Die Hauptsätze sind: Keine Kriegskostenerstattung für alle Alliierten, Ersatz der Schäden nach Maßgabe der Billigkeit und Leistungsfähigkeit des Feindes und Aufnahme des Feindes in den Völkerbund ohne Beschränkungen.

a. Basel, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Balfour gab nach einer Meldung der „Daily News" auf die Anfrage der Vertreter des Bergarbeiterverbandes über den Zeitpunkt der englischen Demobilisierung bekannt, die Demobilisierung der Alliierten trete einen Tag nach der Wiederherstellung der gesetzlichen Zustände in Deutschland ein. Erst wenn jeder Grund zu einem neuen Aufruf der Armee fortgefallen sei, solle die Demobilisierung beginnen.

Auch die englische Arbeiterpartei nimmt zu der Friedensfrage erneut Stellung. Sie wird am 2. Januar in der Albert-Hall eine große Demonstrationsversammlung zugunsten einer sofortigen Errichtung des Völkerbundes als wesentlichen Teiles des Friedensvertrages veranstalten. Aehnliche Kundgebungen werden am 5. Januar in andern Städten stattfinden. Die Partei schlägt vor, Wilson während seiner Anwesenheit in London eine Adresse zu überreichen.

•

Eine Kommission für den Völkerbund

× Rotterdam, 20. Dezember. Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian": Der Entwurf des britischen Auswärtigen Amtes über einen Völkerbund geht dahin, daß eine Kommission ad hoc ernannt werden soll, die ihren Sitz in einem neutralen Lande haben soll. Es wird ihre Aufgabe sein, Streitfragen zu untersuchen und den Mächten Ratschläge zu erteilen. Sie soll offenbar nicht über Machtmittel verfügen und würde mit der Abteilung des Handelsamtes verglichen werden können, die sich mit der Beseitigung von Streitigkeiten befaßt. Die Kommission soll zunächst aus hervorragenden Männern sämtlicher Nationen, die für diesen Zweck ernannt werden, bestehen. Später soll sie zum mehr permanenten und demokratischen Charakter erhalten. Der Plan der französischen Regierung geht hier weiter und nimmt Bezug auf die militärische Lage.

Keine Milderung der Blockade

× Berlin, 20. Dezember. In der letzten Sitzung der Gefangenenkommission in Spa erinnerte der deutsche Vorsitzende an die drohenden Ernährungsschwierigkeiten, weshalb eine Milderung der Blockade auch im Interesse der Gefangenen geboten sei. Eine Milderung der Blockade wurde von französischer Seite verweigert. — In der Sitzung der internationalen Waffenstillstandskommission vom 20. Dezember wurde von den Vertretern der deutschen Regierung eine Note überreicht, nach der die norwegische Regierung die britische gebeten hat, sechs deutschen sich auf dem Wege nach Helsingör befindenden, mit norwegischen Fischprodukten beladenen und ebenso einigen deutschen sich noch in deutschen Häfen aufhaltenden, mit Rohmaterialien für Norwegen beladenen Dampfern Geleitscheine bis zum Bestimmungsort zu erteilen.

•

Verschärfung der Verkehrssperre?

Der Vertreter der deutschen Regierung in Spa hat an den Vorsitzenden der internationalen Waffenstillstandskommission folgende Note gerichtet: „In Berlin sind Nachrichten eingelaufen, wonach die Sperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland verschärft worden sein soll. Auftragsgemäß erbitte ich Aufklärung." — Auf deutsches Drängen ist die französische Grenzsperre über Elsaß-Lothringen für die demobilisierten Elsaß-Lothringer am 14. Dezember 1918 aufgehoben. Die demobilisierten Elsaß-Lothringer können daher jetzt in ihre Heimat zurückkehren. — Nach Mitteilungen aus der Pfalz hat der dortige französische Obergouverneur sich dahin geäußert, daß er prüfen werde, wie weit die in der Rheinpfalz bisher gültigen bayrischen Landesgesetze noch weiter in Gültigkeit zu bleiben haben oder durch französische Gesetze ersetzt werden.

Die Aktion gegen die russischen Bolschewiki

* Rotterdam, 21. Dezember. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" betont die Tatsache, daß Miljukow und Kerenskij in London sind und der Kriegsminister Lord Milner mit der Erklärung über die Lage in Rußland die Oeffentlichkeit auf die kommenden Ereignisse vorbereiten wollte. Man glaubt, daß der Druck zugunsten der Aktion gegen die Bolschewiki aus London und nicht aus Paris kommt. Beteiligt sich Amerika überhaupt an dieser Aktion, so wird es gleich eine große Rolle spielen.

Nach dem „Nieuwe Rotterd. Courant" hat der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses und der ausführende Rat der Arbeiterpartei einen gemeinsamen Brief an den Ministerpräsidenten gerichtet, in dem sie ihn ersuchen, die britische Politik in Rußland deutlicher zu umschreiben und sich gegen ein militärisches Eingreifen in Rußland zu erklären.

•

Miljukow für das Eingreifen der Entente

sch. Lugano, 20. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Miljukow, der Chef der russischen Auslandsdelegation, erklärte vor seiner Abreise von Rom: „Rußland ist nur durch schleunigstes Eingreifen der Entente zu retten, 99 Prozent der Bevölkerung verlangen es. Der sogenannte Sozialismus der Sowjets ist die Auflösung, Zerstörung und Barbarei, die zu einer furchtbaren Verzweiflungsrevolte der hungernden Massen führen muß. Europa muß verhindern, daß mit den unsinnigen Urhebern des Unheils Millionen ihrer Opfer unter Rußlands Trümmern begraben werden."

•

Riga vom Bolschewikiheer bedroht

+ Riga, 21. Dezember. (Priv.-Tel.) Der bolschewistische Einfluß in Estland und Livland vollzieht sich systematisch. Die Verhandlungen des deutschen Zentralsoldatenrates mit den Bolschewiki über die Festsetzung der nicht zu überschreitenden Demarkationslinie verliefen ergebnislos. Das bolschewistische Heer von vier Divisionen drängt in der Richtung Mitau vor. Es ist in Rositten konzentriert. Auch in Walk zogen Bolschewiki ein und schicken sich zum Marsch nach Riga an.

Rückmarsch der Ostarmee

WTB. Berlin, 20. Dezember. Reval ist geräumt. An großen Teilen der Ostfront drängen in offenem Hohn auf alle Erklärungen und Verträge reguläre Sowjettruppen nach und versuchen, die Bevölkerung zu terrorisieren. In der Ukraine wurden unsre Truppen bei Sarny, Schitomir, Berdischew und Jekaterinoslow in Kämpfe verwickelt, da die Bolschewisten Abtransporte hinderten. Unsre Truppen waren bei ganz geringen eigenen Verlusten überaus siegreich. Bei Schitomir nahmen wir den Bolschewisten 15 Geschütze ab. Die Stimmung der Truppen ist gut. Von der Heeresgruppe Mackensen sind außer der 11. Armee Teile der 218. Division, die 226. Division, die 7. Landwehrdivision und die 10. Landwehrdivision in Deutschland angekommen.

Schreckensherrschaft in Pleskau

Die Rigaer Zeitung „Naschi Dni" berichtet aus Pleskau, daß von den bolschewistischen Truppen 460 Personen als Gegenrevolutionäre erster Kategorie verhaftet und vom Revolutionstribunal zum Tode verurteilt wurden. Die Verurteilten mußten, in Gruppen eingeteilt, die Gräber selbst schaufeln. Darauf wurden sie erschossen. Die folgende Gruppe mußte die vorhergehende begraben. Zur zweiten Kategorie gehören diejenigen, die während der deutschen Besetzung ein öffentliches Amt bekleideten. Diese wurden verhaftet, sind aber noch nicht abgeurteilt. Ebenso wird von furchtbaren bolschewistischen Greueltaten in Ostrow berichtet, wo u. a. viele führende Persönlichkeiten erschossen wurden.

Der letzte Romanow erschossen

z. Zürich, 21. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Mailänder Blätter melden aus Stockholm: Der schwedische Generalkonsul in Petersburg teilt mit, daß nach einer Erklärung des Petersburger Sowjet das letzte in Rußland lebende Mitglied des früheren Zarenhauses, Großfürst Paul, durch Urteilsfällung des Uralsowjet erschossen worden sei. Es gäbe jetzt kein Mitglied des Hauses Romanow in Rußland.

Die Bolschewiki in China

× London, 20. Dezember. (Reuter.) Der „Daily Mail" wird aus Tientsin vom 18. d. M. gemeldet, daß das chinesische Kabinett den Gouverneur von Sinkiang beauftragen wird, wenn nötig mit Gewalt, das Unrecht wieder gutzumachen, das von den Bolschewiki an den chinesischen Untertanen im Grenzgebiet begangen wurde, da die russische Gesandtschaft offenbar außerstande ist, etwas zu erreichen.

Entfernung der Deutschen aus China?

Die „Times" melden aus Peking, daß der allgemeine Wunsch der Alliierten, die Deutschen aus China nach ihrem Lande zurückzuschicken, jetzt die Form einer organisierten Aktion annimmt. In Hongkong wurde beschlossen, keinen Deutschen in der Kolonie zu dulden. Auch die Chefs der Regierungsämter in Peking haben beschlossen, alle Deutschen aus dem Dienst zu entfernen.

Internierung der Deutschen und Oesterreicher in der Türkei?

Montral Amet, der Kommissar der französischen Regierung in Konstantinopel, hat, wie aus Paris gemeldet wird, die in den türkischen Gewässern befindlichen deutschen Schiffe aufgefordert, alle sich noch in der europäischen und asiatischen Türkei aufhaltenden Deutschen und Oesterreicher aufzunehmen. Diese sollen dann mit den Schiffen nach Frankreich gebracht werden, wo sie bis zum Frieden unter die Obhut der Alliierten gestellt werden.

Ungarn lehnt die rumänischen Forderungen ab

× Budapest, 20. Dezember. (Ung. Korr.-Bur.) Ein zu später Nachtstunde versammelter Ministerrat hat die Ablehnung der Zumutung des rumänischen Befehlshabers in Siebenbürgen beschlossen, wonach die Räumung nicht nur der Stadt Klausenburg und ihrer Umgebung, sondern auch der ganzen 26 Komitate, auf die sich das rumänische Imperium erstrecken soll, da diese Zumutung den Bedingungen des Belgrader Waffenstillstandsabkommens zuwiderläuft, in deren Sinne die ungarische Regierung bloß das durch die Demarkationslinie begrenzte Gebiet militärisch zu räumen hat.

Südslawischer Einspruch gegen italienische Angriffe

× Laibach, 20. Dezember. Der Ausschuß des hiesigen Nationalrates für das besetzte Gebiet sandte der jugoslawischen Regierung in Belgrad ein Telegramm, in dem u. a. im Namen der Jugoslawen von Görz, Triest und Istrien sowie der besetzten Teile Krains und Kärntens verlangt wird, daß die Regierung den italienischen Ansprüchen auf jugoslawisches Gebiet mit allen Kräften entgegentrete. Ein Kompromiß wegen des jugoslawischen Gebietes könne unter keinen Umständen anerkannt werden.

•

Neues südslawisches Kabinett

× Agram, 20. Dezember. (Wiener Korr.-Bur.) Der Thronfolger Alexander von Serbien hat den ehemaligen Finanzminister Stojan Protic mit der Bildung des Kabinetts des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben beauftragt. Die Lösung der Krisis wird für heute erwartet.

Polnische Wahlvorbereitungen in Ostpreußen

× Allenstein, 20. Dezember. Das Regierungsamtsblatt des Bezirks Allenstein bringt eine Bekanntmachung, nach der die polnische Regierung in Warschau nach Zeitungsnachrichten Wahlen zur konstituierenden polnischen Nationalversammlung auch im ganzen Regierungsbezirk, mit Ausnahme der Kreise Sensburg und Lötzen, ausgeschrieben hat. Da jede Veranlassung von Wahlen, Vorbereitungen dazu, Aufstellung von Wählerlisten und Kandidaten sowie die Verbreitung von Wahlflugblättern sich als Verbrechen des Hochverrats darstellen, wird vor irgendwelcher Teilnahme an solchen Handlungen dringend gewarnt.

Die Reichskonferenz der A.- und S.-Räte

Der Rätekongreß setzte gestern seine Beratungen fort. Zunächst wurde das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekanntgemacht, die gestern vorgenommen wurde über den Antrag Haase, der den Beschluß der Rätevversammlung dahin erklärte, daß, wenn zwischen dem Vollzugsrat und den Volksbeauftragten keine Einigung über einen Gesetzentwurf zustande kommt, zunächst der Rat der Volksbeauftragten das Recht habe, den Entwurf mit Gesetzeskraft zu veröffentlichen. Diese Auslegung des Volksbeauftragten Haase wurde vom Kongreß mit 200 gegen 150 Stimmen für ausreichend erklärt.

Sodann lag ein Antrag des Unabhängigen Geyer vor, der erklärt: „Da die Wahlen zur Nationalversammlung gemäß dem Beschluß des Rätekongresses in kürzester Zeit stattfinden sollen und alle Kräfte an diese Wahlen gesetzt werden müssen, ferner diese Nationalversammlung voraussichtlich mit dem ganzen Bundesstaaten aufräumen wird, so wird beantragt, die Landtage nicht mehr einzuberufen und die ausgeschriebenen Wahlen nicht mehr stattfinden zu lassen."

Dieser Antrag wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt.

Es wurde sodann in die Beratung des Themas

Sozialisierung

eingetreten. Als Erster sprach der Referent Dr. Hilferding, der ausführte: Den Anfang der Sozialisierung müssen wir mit dem Bergbau machen. Damit erfassen wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung am wirksamsten, denn auf Kohle und Eisen beruht ihre Macht. Damit sichern wir uns die Verfügung über den wertvollsten Teil der deutschen Industrie und in Verbindung damit auch über einen großen Teil des deutschen Bankwesens und schwächen damit die kapitalistische Macht. Auch auf andern Gebieten, als auf jenen der reinen Industrie, können wir mit der Vergesellschaftung beginnen. Die Bolschewiken in Rußland haben die Sozialisierung mit dem Bankwesen begonnen. Wenn wir heute eine blühende Volkswirtschaft hätten, wäre das Bankwesen vielleicht geeignet, den Anfang der Sozialisierung zu bilden. Unter den heutigen Umständen aber ist dies nach meiner Ueberzeugung nicht am Platze. Was vom Bankwesen übrigbleibt, nachdem wir die Herrschaft über die Industrie haben, wird sich im wesentlichen auf die Politik des Geldumlaufes beschränken. Vielen können wir für die Uebergangszeit schwer entschädigen. Das besagt aber nicht, daß wir nicht auf andern Gebieten des Bankwesens sozialisieren können. Ich meine, die Hypotheken- und Versicherungsbanken, besonders die letzteren, können am einfachsten sozialisiert werden, und zwar in kürzester Zeit. Bei den Hypothekenbanken wird sich die Sozialisierung weniger wegen des finanziellen Ergebnisses empfehlen, als wegen des Einflusses, den wir durch ihre Vergesellschaftung auf den städtischen und bis zu einem gewissen Grade auch auf den ländlichen Grundbesitz erhalten können. Wenn wir nun fragen: Auf welche Weise können wir sozialisieren? so gibt es zweierlei Wege: entweder wir konfiszieren oder wir entschädigen den gegenwärtigen Besitzer. Die Konfiskation ist nach Sachlage der Dinge meiner Ueberzeugung nach zwar einfach, aber unter den heutigen Verhältnissen keineswegs gut. Dr. Hilferding fordert die Parteigenossen auf, darauf hinzuwirken, daß eilig und energisch ohne Unterbrechung, aber ruhig gearbeitet und niemand ungeduldig werde, denn der Sozialisierungsprozeß könne nicht in einem Tage und in einem Monat vor sich gehen, sondern er beanspruche geraume Zeit. Die Rede wird mit lebhaftem Händeklatschen aufgenommen.

Lebebour hat mit Rücksicht auf seine Heiserkeit, sein Referat von der Tagesordnung abzusetzen. Das geschieht.

In der Debatte erklärte Mehling-Dortmund: Die Sozialisierung ist der einzige Ausweg aus dem Kriegsjammer und Elend.

Berten-Düsseldorf: Der Kapitalist wird schwerlich seinen Betrieb wieder herstellen, um ihn dann den Volksbeauftragten zu übergeben. Eine Betriebskontrolle ist zunächst unbedingt erforderlich.

Ein Mitglied der Demokratischen Partei führte aus: Wir stimmen Hilferdings Forderungen im ganzen zu. Die Bauernschaft lehnt es ab, fernerhin die Gefolgschaft des Großbesitzes zu bilden. Eine Masse kleiner Bauern muß auf die eigene Scholle gesetzt werden.

Volksbeauftragter Barth: Die Frage Sozialisierung ist die Frage der Fragen der Gegenwart. Es ist unmöglich, die Arbeiter weiter in den Betrieben zu halten, ohne die Sozialisierung. Können wir es noch einige Wochen ertragen, daß im Ruhr-Revier und in Oberschlesien gestreikt wird? Nein. Wenn wir das verhüten wollen, dann ist es unsre heilige Aufgabe, zu erklären: Der Kohlenbergbau ist sozialisiert. Wenn eine solche Verfügung kommt, will ich mich verpflichten, jedweden Streik sofort zu Ende zu bringen. Keiner hat sich mehr gegen eine Degradierung der Revolution zu einer Lohnbewegung gewandt als ich. Wenn aber die Arbeiterschaft sieht, daß der Wille zur Sozialisierung nicht vorhanden ist, dann hat sie das Recht, für ihre Interessen einzutreten.

Schreck-Bielefeld: Barth wäre der letzte, der die Sozialisierung durchführen könnte. Es ist nicht wahr, daß die Massen ungeduldig nach der sofortigen Sozialisierung verlangen. Wir wollen durch die Revolution die Demokratie und durch die Demokratie die Sozialisierung.

Schließstädt-Remscheid beantragt, die Regierung zu beauftragen, mit der Vergesellschaftung des Bergbaues sofort zu beginnen. Bis zur Durchführung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181222 01/1